

Gemeinsamer Antrag der SPD und Die Grünen in der Bezirksvertretung IV

Herrn Bezirksbürgermeister
Helmut Kehlbreier
Bezirksvertretung IV
Germaniastraße 253
45355 Essen

Ulrich Schulte-Wieschen
Sprecher der SPD-Fraktion
in der Bezirksvertretung IV - Borbeck
Dachsfeld 44b
45357 Essen

23.01.2019

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Zuständigkeiten

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeiten
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk IV	12.02.2019	Entscheidung

Wiederinbetriebnahme der energetischen Verwertungsanlage im Gewerbegebiet Econova-Allee

Sehr geehrter Herr Kehlbreier,

ich übersende Ihnen einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen mit der Bitte um Aufnahme in die Tagesordnung zur Sitzung am 12.02.2019.

Wiederinbetriebnahme der energetischen Verwertungsanlage im Gewerbegebiet Econova-Allee

Die Bezirksvertretung IV spricht sich gegen eine Wiederinbetriebnahme der energetischen Verwertungsanlage im Gewerbegebiet Econova-Allee aus. Weiterhin fordert die Bezirksvertretung IV die Verwaltung und den Rat der Stadt Essen auf, sich bei der Bezirksregierung gegen eine geplante Erweiterung der bestehenden Genehmigung und eine Ausweitung des bestehenden, genehmigten Abfallkatalogs einzusetzen.

Begründung:

Die seinerzeit installierte Anlage wurde nach der Ausmusterung in Süddeutschland und dem späteren Wiederaufbau in Essen zur Verbrennung von maximal 26.000 Tonnen eigener Restabfällen (Sortierresten) aus Bauschutt und Abbruchabfällen, wie Holz, Papier, Kunststoff und Textilien pro Jahr zugelassen. Diese Anlage wird mit einer wesentlich niedrigeren Temperatur wie beispielsweise das Müllheizkraftwerk in Karnap betrieben. Bereits damals gab es erhebliche Bedenken und auch Widerstand in der Bevölkerung gegen den Betrieb der Verbrennungsanlage.

Die nun vom Betreiber angedachte Erweiterung der genehmigten Abfallsorten und der Verbrennung von 50.000 t/a Klärschlämmen sowie weiteren Schlämmen, beispielsweise aus der Aufarbeitung von Altöl und Ölabscheiderückständen von Seiten Dritter muss vor diesem Hintergrund abgelehnt werden. Die Verbrennung von 50.000 t Klärschlämmen ist nicht hinnehmbar, vor allem auch wegen der Gefahr einer möglichen Freisetzung von Schwermetallen.

Eine Genehmigung der Verbrennung wird zudem zu einer erheblichen Ausweitung des Anlieferungsverkehrs führen, in einem Einzugsbereich, in dem die Menschen bereits seit Jahren über eine Zunahme und eine starke Belastung durch LKW- und Schwerlastverkehr klagen. In Zeiten von Dieselfahrverboten wäre eine solche Genehmigung fragwürdig, nicht nachvollziehbar und den betroffenen Menschen und Anwohnern dieses Einzugsbereichs nicht erklärbar.

Ulrich Schulte-Wieschen
SPD-Fraktion

Bernd Vornefeld
Fraktion Die Grünen